

Eidgenössische Wahlen 1995 : hohe Anforderungen für grosse Herausforderungen

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **22 (1995)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hohe Anforderungen für grosse

Die Parlamentsmitglieder, die am kommenden 22. Oktober gewählt werden, müssen über mindestens vier Eigenschaften verfügen, um den Herausforderungen ihres Amtes gewachsen zu sein: Weitblick, Kompetenz, Verfügbarkeit und Verantwortungsbewusstsein.

Die Schweiz steht heute in vielerlei Hinsicht an einem Scheideweg, und das Parlament, das im kommenden Herbst gewählt wird, muss Antworten auf eine ganze Reihe von Fragen bezüglich der Identität des Lan-

Pierre-André Tschanz

des finden. Darüber hinaus gilt es, wichtige Reformen durchzuführen, das Vertrauen des Volkes wiederzuerlangen sowie die Moral einer Nation zu heben,

die seit einem Jahrzehnt von Zweifeln geplagt ist.

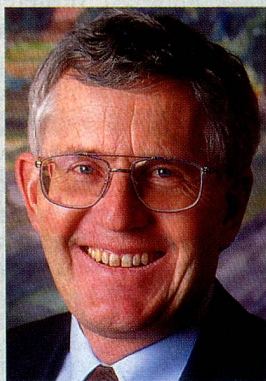
Vertrauen wiedergewinnen

Die gegenwärtige Befindlichkeit des Landes ist alles andere als glänzend. Die Fichenaffäre der späten achtziger Jahre – das Ausspionieren der Bevölkerung durch die Bundespolizei und den Armee-Geheimdienst – hat der Schweiz einen schweren moralischen Schock versetzt. Dazu hat sich Anfang der

neunziger Jahre eine tiefgreifende und hartnäckige Rezession gesellt; in wenigen Monaten stieg die Arbeitslosenrate sprunghaft an – und zwar auf einen Wert, wie ihn die Schweiz seit der Krise der dreissiger Jahre nicht mehr gesehen hat. Entsprechend hat sich auch das soziale und regionale Gefälle akzentuiert.

Als weiterer Krisenherd folgte danach die Verschuldung der öffentlichen Hand, die eine Serie von Sparprogrammen nötig machte. Politisch hat sich das Land nur schlecht vom Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum erholt. Der in der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 erfolgte Bruch zwischen der Westschweiz und dem Rest des Landes hat sich seither bei diversen Urnengängen bestätigt und bedroht heute die nationale Einheit. Kurz: Es wird keine leichte

Botschaft des Bundespräsidenten



Liebe Landsleute im Ausland

Seit dem 1. Juli 1992 dürfen Sie auf dem Korrespondenzweg an eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Und dieses Jahr bietet sich Ihnen erstmals die Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe bei Nationalratswahlen. Solche eigentlich selbstverständliche Erweiterungen der politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer haben indessen auch einen staatspolitischen Hintergrund: Sie sind ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung, die der Bundesrat, das Parlament und die Bevölkerung der Fünften Schweiz entgegenbringen. Und sie sind auch Anerkennung der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen, die Sie,

liebe Landsleute, in allen Winkeln der Welt erbringen.

Anlässlich eines Auslandschweizer-Kongresses hatte ich Gelegenheit, mich persönlich an Schweizerinnen und Schweizer aus allen fünf Kontinenten zu richten. Dabei ist mir aufgefallen, wie engagiert die Teilnehmenden diskutierten, wie wichtig also die schweizerische Politik für unsere Landsleute im Ausland ist. Besonders zu reden gibt natürlich das Verhältnis der Schweiz zu Europa. Trotz einer gewissen Distanziertheit darf die schweizerische Haltung jedoch nicht etwa als Desinteresse am Schicksal Europas interpretiert werden. Dahinter steht vielmehr die Sorge vieler, dass bei einem Beitritt unsere direkte Demokratie mit ihrem einmaligen Mitspracherecht tangiert werden könnte. Denn dieses Mitspracherecht bindet Bürger und Minderheiten in den Entscheidungsprozess bei allen wichtigen Fragen ein. Dieses grosse Interesse an der Politik zeigt sich auch darin, dass sich bis heute rund 60 000 Auslandsbürger in das Stimmregister einer schweizerischen Gemeinde eingetragen haben. Ich hoffe, dass diese Zahl noch weiter steigt – nicht zuletzt dank der neu geschaffenen Erleichterungen.

Im direkt-demokratischen System der Schweiz kommt Parlamentswahlen wohl nicht eine gleich hohe Bedeutung zu wie in parlamentarischen Demokratien, in denen das Volk zwar in einem bestimmten Turnus wählen kann, zu Sachfragen in der Regel jedoch nicht konsultiert wird. Dennoch ist ihr Stellenwert nicht zu unterschätzen: Die eidgenössischen Räte sind über ihre Funktion als Legislative und als Entscheidbehörde hinaus der eigentliche Motor unserer von Föderalismus geprägten Konkordanzdemokratie. Darüber hinaus übt das Parlament wichtige Wahlfunktionen aus: Es bestimmt die Mitglieder des Bundesrates, des Bundesgerichts und – im Kriegsfall – den General.

Sicher ist es einfacher, zu Sachfragen Stellung zu nehmen, als sich einen Überblick über Gesamterneuerungswahlen zu verschaffen. Aber Wahlen sind ein zentrales Element Ihrer politischen Rechte, und ich ermuntere Sie dazu, aktiv teilzunehmen. Stellen Sie sich der demokratischen Herausforderung. Bringen Sie Ihre Lebenserfahrung in unsere Demokratie ein: auch in Ihrem Interesse.

Kaspar Villiger, Bundespräsident ■

Herausforderungen

Aufgabe sein, das Land aus diesem lamentablen Zustand herauszuführen.

Eines ist sicher: Allein werden es die 246 Parlamentsmitglieder nicht schaffen – selbst dann nicht, wenn jedes Mitglied neben den vier genannten Eigenschaften auch über Sinn für originelle Lösungen verfügte. Was aber von den National- und Ständeräten erwartet werden darf, ist eine umfassende und klare Analyse des Ist-Zustandes, eine angemessene Reform der Institutionen sowie eine durchgehend konsequente Haltung.

Weg aus der Sackgasse

Die zweifellos grösste Herausforderung für das neugewählte Parlament wird darin bestehen, einen Ausweg aus der festgefahrenen Europafrage zu finden. Es geht dabei nicht nur um die wirtschaftliche Prosperität des Landes, sondern ebenso um den nationalen Zusammenhalt. Drei Volksinitiativen sind eingereicht worden: zwei europafreundliche (d. h. für einen Beitritt zum EWR respektive zur EU) und eine, die jegliche Annäherung an die EU ablehnt. In einigen Monaten werden zudem die Resultate der bilateralen Verhandlungen mit der EU vorliegen, die zum Ziel haben, die negativen Auswirkungen der Nichtmitgliedschaft zum EWR zu mildern.

Von der Neat zur Expo 2001

Eine Lösung wird das neue Parlament zudem für die Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen im allgemeinen und der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat) im besonderen finden müssen. Im Bereich der Volkswirtschaft gilt es, eine Neuorientierung der Regionalpolitik vorzunehmen und die Reformen in der Landwirtschaft fortzusetzen (speziell in der Fleisch-, Getreide- und Milchwirtschaft). Im weiteren wird das Projekt einer Totalrevision der Bundesverfassung die Parlamentarierinnen und Parlamentarier beschäftigen – ein Projekt übrigens, an dem seit 30 Jahren geflickt wird! Weitere Traktanden bilden das Steuerwesen und die Reform des Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen – bei gleichzeitiger Fortführung der Sanierung der Bundesfinanzen. Daneben harren viele weitere

wichtige Geschäfte einer Erörterung: die Drogenpolitik, die Mutterschaftsversicherung, das Problem der Waffenexporte, die Frage einer Steueramnestie, die neue öffentliche Verwaltung oder die Realisierung der Expo 2001.

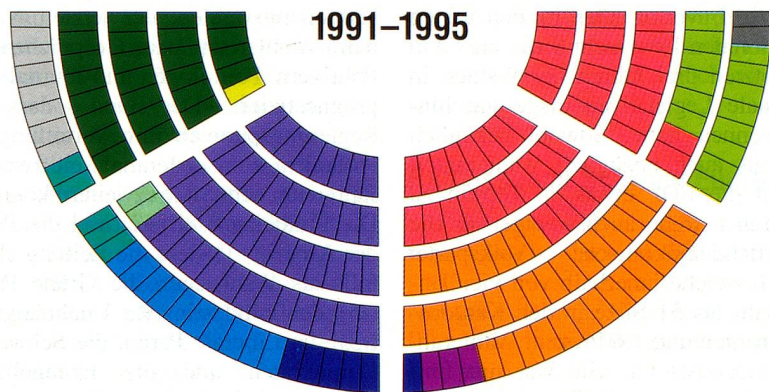
Die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments wird keine wesentlichen Veränderungen erfahren; das politische System der Schweiz erzeugt keine Erdbeben. Das Durchschnittsalter

in der neugewählten Legislative dürfte leicht unter dem bisherigen liegen. Allgemein wird erwartet, dass mehr als ein Drittel der Sitze neu besetzt werden. Wird der Frauenanteil im neuen Parlament grösser sein als nach den 1991er Wahlen (damals rund 16 Prozent oder 39 von 246 Sitzen)? Die Antwort auf diese Frage wird auch Auswirkungen haben auf die Behandlung einer Volksinitiative zur Einführung von Frauenquoten bei der Zusammensetzung von Behörden.

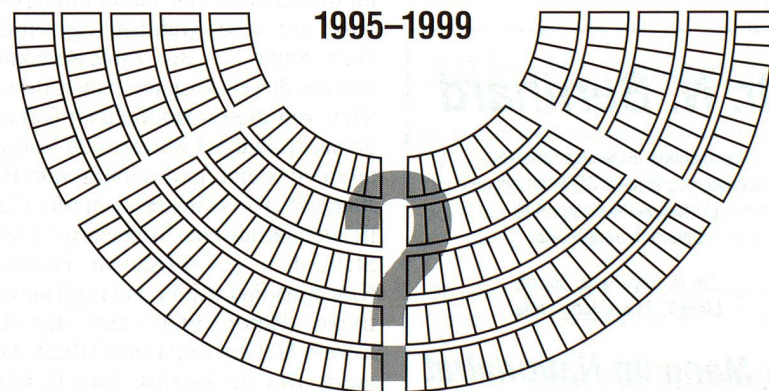
Formstand der Parteien

Die politische Stabilität ist aufgrund des Wahlsystems praktisch vorprogram-

Sitzverteilung im Nationalrat



- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Freisinnig-Demokratische Partei | Landesring der Unabhängigen |
| Sozialdemokratische Partei | Schweizer Demokraten |
| Christlichdemokratische Volkspartei | Evangelische Volkspartei |
| Schweizerische Volkspartei | Lega dei Ticinesi |
| Grüne Partei | Partei der Arbeit |
| Liberale Partei | Eidgenössisch-Demokratische Union |
| Freipartei | |



miert. Verschiebungen treten aber dennoch jedesmal auf. Wertvolle Hinweise zur Befindlichkeit des Wahlvolks sowie zum Formstand der politischen Parteien liefern die Resultate der diversen Parlamentswahlen in den Kantonen. In den letzten vier Jahren hat sich die schleichende Erosion der traditionellen Parteien fortgesetzt, während linke und rechte Oppositionsgruppen zum Teil spektakuläre Erfolge feiern konnten. So etwa die Schweizerische Volkspartei in Luzern, die bei ihrer ersten Teilnahme an Kantonsratswahlen gleich elf Sitze erringen konnte. (Die Luzerner SVP gehört zum populistischen Flügel der Partei, der vom Präsidenten der Zürcher SVP, Nationalrat Christoph Blocher, angeführt wird.)

Die stärkste Partei im Land, die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), verzeichnete bis Ende 1994 einen Aufwärtstrend, verlor aber in den ersten vier Monaten 1995 mehr Sitze, als sie in den letzten drei Jahren bei Wahlen in kantonale Legislativen insgesamt hinzugewonnen hatte. Sowohl bezüglich Sitz- als auch bezüglich Wähleranteil scheint die FDP etwas an Terrain zu verlieren – wenn auch weniger als die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), welche innerhalb von vier Jahren mehr als 51 Sitze in den Kantonsparlamenten und 1,6 Prozent Wähleranteil eingebüsst hat. Sie war mit fünf Sitzverlusten und 1,4 Prozent Wählerschwund schon aus den letzten eidgenössischen Wahlen als Verliererin hervorgegangen.

Trotz dieser Entwicklung hofft der Präsident der CVP, der Freiburger Ständerat Anton Cottier, auf drei Sitzgewinne bei den Wahlen im kommenden Herbst. Ein Optimismus, der nur ein müdes Lächeln verursachen würde, hätte da nicht die Berner Tageszeitung «Der Bund», die man kaum der Komplizenschaft mit der CVP bezichtigen

kann, im Frühsommer eine Trendwende ausgemacht, die in Sitzgewinnen für die vier Bundesratsparteien mündet (FDP +2, CVP +1, SP +4, SVP +1).

Stützt man sich auf die Resultate der diversen Kantonsratswahlen, so kann der Formstand von FDP und SP als stabil eingeschätzt werden, während der Trend bei der CVP markant nach unten und bei der SVP (+21) klar nach oben weist. Von den Nicht-Regierungsparteien sind die Grünen eindeutig am Zurückfallen, während sich auf der Rechten die Liberale Partei (+21) und die Freiheitspartei (+26) im Aufwärtstrend befinden. In den Westschweizer Kantonen legte auch die Partei der Arbeit (+15) markant zu.

Regierungsparteien gestärkt?

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Kantonsratswahlen, der letzten Nationalratswahlen und nach Gesprächen mit Politikern, Politikern und Journalisten prognostiziert «Der Bund», dass die Regierungsparteien ihre Vertretung im Parlament zum erstenmal seit zwanzig Jahren um acht Sitze erweitern könnten. Die Freiheitspartei (+2) und die Partei der Arbeit (+1) sieht die Zeitung ebenfalls als Wahlsieger, die Grüne Partei (-5), den Landesring der Unabhängigen (-3), die Liberale Partei, die Schweizer Demokraten und die Evangelische Volkspartei (je -1) als Verlierer.

Unabhängig davon, ob sich diese Prognose bewahrheitet oder nicht: die Schweiz wird keinen politischen Erdbeben erleben. Im helvetischen System sind Verschiebungen von mehr als fünf Sitzen schon bemerkenswert. Die vier Bundesratsparteien teilen seit dem Jahre 1960 die Regierungsmacht unter sich auf, und bei den letzten Nationalratswahlen errangen sie zusammen 69,7 Prozent der Stimmen und 149 von 200 Sitzen. Im Ständerat halten sie 41 von 46 Sitzen.

Vor diesem Hintergrund ist also kaum mit einer Verschiebung zu rechnen, die die «Zauberformel» im Bundesrat (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) sprengen könnte. Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Bundesversammlung – National- und Ständerat vereint – wird im kommenden Dezember die Wahl der sieben Bundesräte gehören. Obwohl gewisse Kreise auf der rechten Seite des politischen Spektrums gerne die Sozialdemokraten aus der Regierung kippen würden und andere sich wiederum fragen, ob man nicht die SVP, die sich besonders in der Europapolitik von den anderen Regierungsparteien abgesetzt hat, nicht aus dem Bundesrat verabschieden müsste, erscheint ein politischer Eklat ziemlich unwahrscheinlich. Das helvetische Konkordanzsystem beruht gerade auf der Einbindung der wichtigsten politischen Kräfte in die Regierungsgewalt. ■

Auslandschweizer im Nationalrat?

Zu den politischen Rechten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gehört auch das passive Wahlrecht: Unabhängig von ihrem Wohnsitz können sie ins Parlament gewählt werden. Wie bei Kandidierenden im Inland muss eine Partei ihren Namen dazu auf eine Wahlliste setzen (vgl. auch Seite 8). Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe haben drei Parteien von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Schweizerische Volkspartei SVP steigt in Freiburg mit Pierre Jonneret (Paris) ins Rennen, die Christlichdemokratische Volkspartei CVP in St. Gallen mit Elisabeth Hall-Zeller (London) und die Freisinnig-Demokratische Partei FDP auf der Liste Zürich/Meilen mit Hans Ulrich Pestalozzi (Rio de Janeiro, Zürich, Glion).

Von einem Parlamentsmitglied wer-

den nicht nur Interesse an der schweizerischen Politik, sondern ebenso vertiefte Kenntnisse über die helvetische Politlandschaft erwartet. Diesem Massstab müssen auch Kandidierende aus dem Ausland genügen. Als Herausgeber einer Monatszeitschrift für Frankreich-Schweizer und Mitglied des Auslandschweizerrates (ASR) kennt Jonneret (70) in dieser Hinsicht keine Probleme. Genausowenig wie Pestalozzi (54), ebenfalls Mitglied des ASR und seit 1991 teilweise wieder in der Schweiz wohnhaft. Hall-Zeller (53) hatte von 1989–1994 in der Schweiz gelebt und sich in dieser Zeit intensiv mit der Politik auseinandergesetzt. Alle drei engagieren sich in den Schweizergemeinschaften ihrer Gastländer und preisen sich der Wählerschaft als Vertreter der Fünften Schweiz an, wollen also nach

INSERAT

Dr. N. Bernhard

Langjähriger Auslandschweizer
Gründungspräsident SD International
(Auslandschweizerpartei)
Unternehmensberater

Dr. N. Bernhard, Zürich
Liste 7, 2x auf jede Liste!

Ihr Mann im Nationalrat